



PRESSEMITTEILUNG

Nr.159/GP

07.08.2018

**Huml verstärkt Einsatz für Hebammenversorgung - Bayerns
Gesundheitsministerin: Runder Tisch im Herbst - Ergebnisse der
Hebammenstudie stehen jetzt online**

Die jetzt vom bayerischen Gesundheitsministerium veröffentlichte Studie zur Hebammenversorgung in Bayern belegt eine hohe Zufriedenheit von Müttern und Schwangeren mit der Qualität der Hebammenversorgung. Darauf hat **Bayerns Gesundheitsministerin Melanie Huml** am Dienstag hingewiesen. Huml betonte: "Insgesamt war die große Mehrheit der befragten Mütter sehr zufrieden sowohl mit der individuellen Schwangerenbetreuung, als auch mit der Hebammenbetreuung bei einer außerklinischen Geburt und den Leistungen rund um die Geburt im Krankenhaus. Unsere Studie belegt aber auch, dass wir für die Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung auch in Zukunft mehr Hebammen für die Geburtshilfe und die Wochenbettbetreuung gewinnen müssen."

Die Ministerin ergänzte: "Der Bayerischen Staatsregierung ist es ein wichtiges Anliegen, dass alle Schwangeren und Mütter in Bayern die Betreuung durch Hebammen bekommen, die sie benötigen. Bayern wird seine Initiativen für die Sicherstellung einer flächendeckenden Hebammenversorgung im Freistaat weiter ausbauen. Das hat das Kabinett auch bei seiner Sitzung am 24. Juli beschlossen."

Huml fügte hinzu: "Im Herbst werden wir den Anfang Mai 2017 eingerichteten Runden Tisch mit allen von der Hebammenversorgung betroffenen Institutionen und Verbänden fortführen. Dort sollen die im letzten Jahr angekündigte Studie vorgestellt und der weitere Handlungsbedarf und die Handlungsmöglichkeiten anhand der Studienergebnisse erörtert werden. Dabei soll mit allen von der Hebammenversorgung betroffenen Institutionen und Verbänden über weitere notwendige Schritte beraten werden, die bisherige Maßnahmen wie etwa unser 'Zukunftsprogramm Geburtshilfe' mit einem geplanten Fördervolumen von insgesamt 30 Millionen Euro und den bayerischen Hebammenbonus in Höhe von jährlich 1.000 Euro ergänzen können."

Anlass ist die Hebammenstudie des bayerischen Gesundheitsministeriums, die unter

<https://www.stmgp.bayern.de/gesundheitsversorgung/aktuelle-themen/#ministerra>



[t_gesundheit](#) heruntergeladen werden kann.

Huml erläuterte: "Der Großteil der befragten Mütter hat im Krankenhaus entbunden (95,5 Prozent), zum Großteil auch im Krankenhaus ihrer Wahl. Aber in manchen Bereichen wie etwa der Wochenbettbetreuung von Mutter und Säugling übersteigt die Nachfrage bereits jetzt das Angebot. Darüber hinaus ist bei Geburten in Kliniken künftig verstärkt ein Hebammen-Engpass zu erwarten, wenn nicht erfolgreich gegengesteuert wird."

Der Studie zufolge waren nur etwas mehr als die Hälfte (52 Prozent) der rund 2.700 freiberuflichen Hebammen im Jahr 2016 in der Geburtshilfe tätig. Zugleich steigt die Zahl der Geburten in Bayern weiter an.

Die Ministerin fügte hinzu: "Mehr als jede vierte befragte Mutter gab an, dass es schwierig war, eine Hebamme für eine Schwangeren- oder Wochenbettbetreuung zu finden. Zudem berichtete die Mehrheit der befragten Geburtskliniken von Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Hebammenstellen. 60 Prozent der Kliniken in Bayern arbeiten mit freiberuflich tätigen Beleghebammen. Fast ein Drittel der in der Studie befragten freiberuflichen Hebammen denkt bereits oft oder sehr oft an eine Aufgabe des Hebammenberufs."

Huml ergänzte: "Unsere im Oktober 2017 gestartete Umfrage sollte insbesondere ermitteln, in welchen Bereichen die Hebammen im Freistaat tätig sind und wie sie regional verteilt sind. Darüber hinaus wollten wir den Bedarf nach Hebammenleistungen feststellen und auf Basis valider Fakten weitere Initiativen für die Versorgung mit Hebammenleistungen prüfen."

Befragt wurden alle in Bayern tätigen Hebammen sowie 3.800 statistisch ausgewählte Mütter, die in den Jahren 2016 oder 2017 ein Kind zur Welt gebracht haben, die Hebammenschulen sowie Krankenhäuser mit Geburtshilfestationen. Begleitend wurden Expertengespräche zur Erfassung besonderer Zielgruppen geführt. An der Befragung des IGES Instituts aus Berlin haben 1.084 Hebammen, 1.346 Mütter, 44 Kliniken sowie die 7 Hebammenschulen teilgenommen.

Wichtige Ergebnisse der Hebammenstudie sind:

- In Bayern gab es im Jahr 2016 ca. 2.990 aktiv tätige Hebammen. Freiberuflich tätig waren ca. 2.700 Hebammen. In den Geburtskliniken waren in Bayern 731 Hebammen angestellt. Ca. 13 % der Hebammen sind kombiniert angestellt und freiberuflich tätig.
- 66 % der angestellten und ca. 57% der freiberuflichen Hebammen haben im Jahr 2016 Vollzeit gearbeitet.
- Die Arbeitszeit sowohl der angestellten, als auch der freiberuflichen Hebammen hat sich in den letzten Jahren aufgrund von Personalbedarf und der steigenden Geburtenzahl teilweise deutlich erhöht.
- In der Geburtshilfe waren im Jahr 2016 von ca. 2.700 freiberuflichen Hebammen nur



knapp 52 % tätig, während der Geburtenzuwachs in Bayern mit rund 18,2 % im Zeitraum 2011 bis 2016 in den letzten Jahren stärker als im Bundesdurchschnitt war (+16,9%).

- Der Großteil der befragten Mütter hat im Krankenhaus entbunden (95,5%). 93,4 Prozent der Frauen, die in der Klinik entbunden haben, konnten das im Krankenhaus ihrer Wahl.
- Die Wochenbettbetreuung ist die mit Abstand am meisten angebotene und auch nachgefragte Hebammenleistung. Mehr als jede vierte Mutter gab an, dass es schwierig war, eine Hebamme für eine Schwangeren- oder Wochenbettbetreuung zu finden.
- Im Bereich der Hebammenbetreuung während der Geburt in den Kliniken deuten die Ergebnisse der Studie auf einen zukünftig verstärkten Angebotsengpass hin. Die Mehrheit der Geburtskliniken berichtet von Schwierigkeiten bei der Besetzung freier Hebammenstellen.
- 60 % der Kliniken in Bayern arbeiten mit freiberuflich tätigen Beleghebammen. Rund 30 % der in der Studie befragten freiberuflichen Hebammen denken bereits oft oder sehr oft an eine Aufgabe des Hebammenberufs.
- Auch im Bereich der außerklinischen Geburten war die Nachfrage größer als das Angebot. Rund 8.000 Frauen (Hochrechnung), die im Krankenhaus entbunden haben, hätten gerne außerklinisch entbunden, konnten aber keine Hebamme dafür finden oder sich die i. d. R. selbst zu zahlende Rufbereitschaftspauschale nicht leisten.